

UmFairteilen!

Nein zum Fiskalpakt

.Eine Perspektive für unsere Stadt – mit gesicherten, verbesserten und bezahlbaren öffentlichen Dienstleistungen. Lebensperspektiven durch mehr Arbeitsplätze. Ein Mindestlohn, von dem man leben kann. Alt werden ohne Angst vor Altersarmut.

Alle Mittel dafür sind vorhanden.

Die Durchsetzung einer Umverteilung von oben nach unten weist die Richtung.

Doch die Interessen einer kleinen Minderheit stehen dem entgegen. Ihre Ansprüche, mit dem Besitz an Konzernen, Banken und anderen „Investoren“, immer reicher zu werden, verhindern Lebensperspektiven und Menschenwürde für die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung. Ob Krise oder Aufschwung – ihr Reichtum wächst ins Unermessliche.

Der Fiskalpakt...

Der Europäische Fiskalpakt soll das auf ewig

festschreiben:

- Er zwingt alle europäischen Staaten zu einer Politik der Verarmung, zu weiteren Einschnitten in Sozialleistungen, Renten und Gesundheit.
- Er zwingt sie zum Abbau des Kündigungsschutzes.
- Er soll Lohnsteigerungen verhindern
- Er hebt die Möglichkeiten aus, auf die Entscheidungen der Parlamente Einfluss zu nehmen: Sie verlieren ihr Recht, über ihre Haushalte zu verfügen. Darüber wacht dann die Europäische Kommission..
- Dieser Vertrag ist unkündbar.

Eine höherer Besteuerung der Unternehmen und der Reichen oder gar die Abrüstung sieht er in keiner Weise vor.

... eine Kriegserklärung

Der Fiskalpakt ist eine Kriegserklärung zur Zerstörung öffentlicher Dienstleistungen und



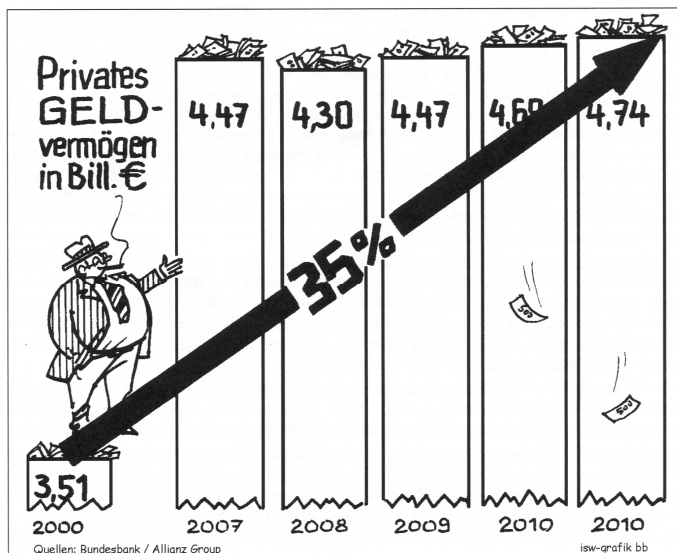
grundlegender sozialer Rechte, Arbeiterrechte und politischer Rechte der Bürger Europas. Es geht nur um die Erhöhung der Profite insbesondere der exportorientierten Industrie und der Banken. Dafür werden demokratische Rechte als hinderlich aus dem Weg geräumt.

Die Politik der Verarmung, des Sozialabbaus und der Privatisierung soll für alle Zeiten festgeschrieben werden.

UmFairteilen kann das Tor zu einer anderen Politik öffnen.

Darüber hinaus fordert die DKP:

- Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Verbot der Leih- und Zeitarbeit und von Werkverträgen zugunsten von Normalarbeitsverhältnissen.
- Schuldenschnitt für die Städte und Gemeinden. Nutzung der bisherigen Zinszahlungen für Beschäftigungsprogramme.
- Entschädigungslose Enteignung und Überführung der großen Finanzinstitute und Energiekonzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften, durch die Bevölkerung und demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.



Deutschland Ende 2011:

Eine Million Millionäre.

Fast 4,44 Billionen (4.740 Milliarden) Euro Privates Geldvermögen.

1 Prozent der Bevölkerung besitzt 46 Prozent, also fast die Hälfte davon.

Allein die 10 reichsten Deutschen besitzen zusammen 104,8 Milliarden Euro.

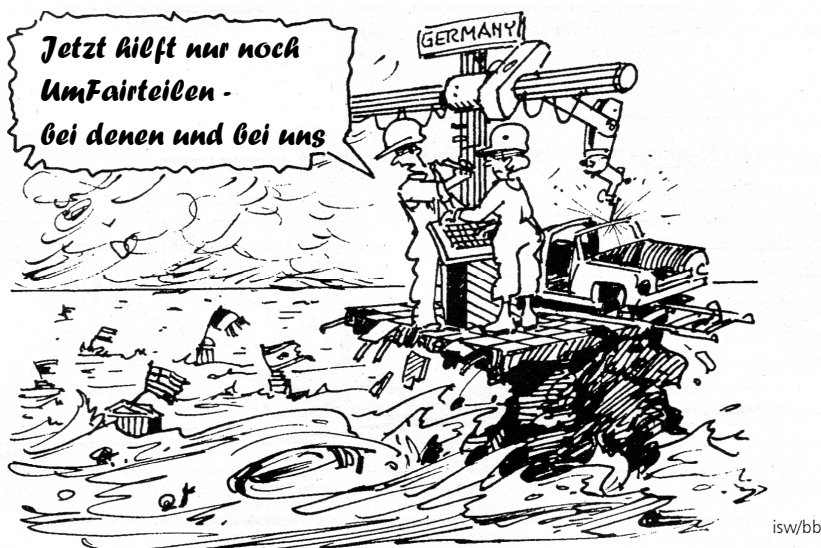
Zahlen, Daten, Fakten

Es gab in den Jahren von 2000 bis 2011 eine drastische Umverteilung von den Löhnen und Gehältern zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen.

Hätte es diese Verschiebung nicht gegeben, wären die Löhne und Gehälter um 100 Milliarden Euro höher. Über die Jahre hinweg gab es einen Verlust von insgesamt 920 Milliarden Euro für die Löhne und Gehälter.

Die Sozialkassen hätten in dieser Zeit fast 300 Milliarden Euro mehr eingenommen. Damit hätten sich ordentliche Rentenerhöhungen und Verbesserungen im Gesundheitsbereich locker finanzieren lassen.

Die Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener, Reiche und das Kapital machen die öffentlichen Haushalte um jährlich 50 Milliarden Euro ärmer.



Die DKP im Internet:

www.kommunisten.de
www.dkp-minden.de

DKP
Minden

V.i.S.d.P.: R. Liebau, Hardenbergstr. 23, 32427 Minden